

Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 26. März 2006: „König Kurt“ erringt die absolute Mehrheit*

Heiko Gothe

Der Ausgang der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 26. März 2006 weist in mehrfacher Hinsicht historische Dimensionen auf und hat die politischen Machtverhältnisse im Land neu formiert. Mit *Kurt Beck* an der Spitze erzielte die SPD die absolute Mehrheit der Mandate, während die CDU die deutlichste Wahlniederlage ihrer Geschichte hinnehmen musste. Nach rund 20 Jahren wird die FDP nicht mehr für die Regierungsbildung gebraucht und die Grünen sind nicht mehr im Landtag vertreten. Gleichzeitig fiel die Wahlbeteiligung auf ein historisches Tief.

1. Die Ausgangslage

Alle Urnengänge zwischen 2001 und 2005 hatten gezeigt, dass die politische Wettbewerbssituation in Rheinland-Pfalz offener ist als beispielsweise in Baden-Württemberg.¹ Während der letzten Legislaturperiode blieben die Sozialdemokraten bei allen Wahlen hinter der CDU und weit entfernt von ihrem Landtagswahlergebnis 2001. Die CDU vertraute darauf, dass sich diese Schwäche der SPD bei der Landtagswahl fortsetzen würde. Zur Bundestagswahl im Herbst 2005 fielen allerdings die Christdemokraten selbst deutlich unter 40 Prozent und landeten nur noch knapp über dem Landtagswahlergebnis von 2001. Die FDP erzielte bei der Bundestagswahl 2005 sogar über zehn Prozent, und die Grünen erreichten durchgängig Werte deutlich über der Fünf-Prozent-Hürde. Im Herbst 2005, als die Linkspartei mit Unterstützung der WASG in Rheinland-Pfalz antrat, gewann das neue Linksbündnis immerhin 5,6 Prozent.

Zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik fand eine rheinland-pfälzische Landtagswahl vor dem Hintergrund einer Großen Koalition auf Bundesebene statt. Die ersten Monate der neuen Bundesregierung waren von großer Erwartung und einem Vertrauensvorschuss der Bürger für die Kanzlerin *Angela Merkel* geprägt.² Die Zufriedenheit mit der schwarz-roten Regierung war auch in Rheinland-Pfalz hoch.³ Die großen Reformprojekte war die Bundesregierung bis dato jedoch noch nicht angegangen – mit Blick auf den 26. März mit Urnengängen gleich in drei Bundesländern sollten kontroverse und unpopuläre Themen vermieden werden, was „zwangsläufig eine sedative

* Eigentlich müsste hier von „Kurt II.“ gesprochen werden, denn in der Vergangenheit wurde der damalige sächsische Ministerpräsident *Kurt Biedenkopf* als „König Kurt“ tituliert. Siehe dazu *Eckhard Jesse*, Die sächsische Landtagswahl vom 19. September 2004: Debakel für CDU und SPD gleichermaßen, in: *ZParl*, 36. Jg. (2005), H. 1, S. 81.

1 Vgl. zu Baden-Württemberg den Beitrag von *Oscar W. Gabriel* und *Kerstin Völkl* in diesem Heft der *ZParl*.

2 Vgl. dazu die DeutschlandTREND-Umfragen unter www.deutschlandtrend.de.

3 Siehe dazu *Infratest dimap*, Wahlreport, Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 26. März 2006, Berlin 2006, S. 84 f.

Wirkung auf den Wahlkampf⁴ hatte. Vor diesem Hintergrund waren bei denen, die sich an der Wahl beteiligen wollten, landespolitische Aspekte ausschlaggebend: Für 61 Prozent war die Landespolitik entscheidend, bei lediglich 26 Prozent standen bundespolitische Aspekte im Vordergrund.

In der 14. Wahlperiode des Rheinland-Pfälzischen Landtags hatte es keine größeren Konflikte gegeben, das Verhältnis zwischen den Regierungsfractionen von SPD und FDP war insgesamt sowohl auf der sachlichen als auch auf der persönlichen Ebene gut. Differenzen berührten eher die Bundespolitik, zum Beispiel die auch von Ministerpräsident *Kurt Beck* angeheizte Diskussion um die Anhebung der Erbschafts- und Vermögenssteuer sowie die von der schwarz-roten Bundesregierung geplante Mehrwertsteuererhöhung. FDP-Spitzenkandidat *Hans-Artur Bauckhage* und *Beck* präsentierten sogar auf einer gemeinsamen Veranstaltung die „Regierungsbilanz 2001–2006“. Dabei hatte die FDP für die Sozialdemokraten eine wichtige Funktion, war sie doch in dem struktur-konservativen Bundesland der Nachweis bürgerlicher Unbedenklichkeit, welche die Sozialdemokraten auch für frühere CDU-Anhänger wählbar machte. Im Gegenzug ließ die SPD den Liberalen weitergehende Freiheiten, so dass sie „klassische FDP-Klientelpolitik betreiben kann“⁵.

2. Der Wahlkampf

Neben den vier Parlamentsparteien SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen traten elf weitere Parteien und Wahlvereinigungen an, so viele wie noch nie zuvor bei einer rheinland-pfälzischen Landtagswahl. Die Wahlkampfauseinandersetzung verlief recht ruhig; Zum einen fehlten große Reizthemen, zum anderen konnten die beiden großen Parteien wegen der gemeinsamen Regierungsbeteiligung in Berlin nicht auf eine offene Konfrontation im Land setzen, so dass der Wahlkampf als „eine Schlacht ohne Pulverdampf“⁶ beschrieben wurde.

Für die SPD bewarb sich zum dritten Mal der amtierende Ministerpräsident *Kurt Beck* um das Amt des Regierungschefs. Wie 2001 spielte der 57-Jährige in der sozialdemokratischen Wahlkampagne eine zentrale Rolle und wurde als bodenständiger und volksnaher Landesvater positioniert. Die SPD deklarierte die Landtagswahl als Abstimmung über die Zukunft des populären Ministerpräsidenten. Die Vorwahlumfragen zeigen, dass *Beck* deutlich beliebter war als sein CDU-Herausforderer *Christoph Böhr*. Bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten hätten sich unmittelbar vor der Wahl 69 Prozent der Bürger für den Amtsinhaber, aber nur 20 Prozent für den CDU-Chef entschieden. *Becks* Popularität reichte dabei weit über die eigene Parteianhängerschaft hinaus.⁷ Sein Verzicht auf den Bundesvorsitz der SPD – mit dem Hinweis auf den Wahlkampf, den er

4 *Richard Hilmer*, Landtagswahlen 2006, Wahlen im Zeichen der Großen Koalition – eine vergleichende Betrachtung, in: *Jens Tenschler / Helge Batt* (Hrsg.), 100 Tage Schonfrist, Politik in Deutschland zwischen Bundestagswahl 2005 und Landtagswahlen 2006, Wiesbaden 2007, im Erscheinen.

5 *Detlef Esslinger*, In Treue zur SPD, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 24. Januar 2006.

6 *Winfried Folz*, Wahlschlacht ohne Pulverdampf, in: *Die Rheinpfalz* vom 25. März 2006, S. 3.

7 Infratest dimap, Rheinland-Pfalz vor der Wahl, Tabellenband, Berlin 2006, S. 63.

zu führen habe – gab seiner Popularität zusätzlichen Schub.⁸ Auf den Wahlplakaten wurde dieser Kandidatenbonus geschickt genutzt und dem Wahlvolk nahe gelegt: „Zweitstimme ist *Beck*-Stimme“. Neben ihrer Galionsfigur setzte die SPD in ihrer Kampagne auf landespolitische Themen und suchte sich als Garant für wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Ausgleich zu profilieren. Rheinland-Pfalz wurde als wirtschaftlich starkes Land dargestellt, das nach Bayern und Baden-Württemberg über die drittniedrigste Arbeitslosenquote (9,1 Prozent im Februar 2006) verfügte. Ihr soziales Profil wollten die Sozialdemokraten über die Bildungs- und Familienpolitik schärfen, wobei die Förderung von Kleinkindern in den Vordergrund der Wahlkampfdiskussionen rückte. Die CDU versuchte mit dem Versprechen, ab 2007 die Kindergartengebühren gänzlich abzuschaffen, bei den Wählern zu punkten. Daraufhin zog die SPD nach, sagte kostenlose Kindergartenplätze ab 2010 zu und verwies zudem darauf, dass das dritte Kindergartenjahr seit Anfang 2006 bereits beitragsfrei sei. Streitpunkt waren auch Studiengebühren, wobei die Sozialdemokraten betonten, dass das Erststudium gebührenfrei bleiben solle.⁹ Erklärtes Ziel der SPD für die Landtagswahl war die Fortsetzung der bundesweit einzigen rot-gelben Koalition. Hierzu wollte die Partei stärkste Kraft bleiben und einen Stimmenanteil von mindestens 40 Prozent erreichen.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende *Christoph Böhr* führte die CDU zum zweiten Mal in den Wahlkampf. Zuvor musste er sich seine Spitzenkandidatur hart erkämpfen. Nach dem historischen Tief bei der Landtagswahl 2001¹⁰ wurde seine erneute Spitzenkandidatur in Frage gestellt. Im Herbst 2004 kam auf parteiinternen Druck eine Mitgliederbefragung über die Spitzenkandidatur zustande, in der sich *Böhr* mit 57,1 Prozent überraschend klar gegen den Bundestagsabgeordneten *Peter Rau* durchsetzen konnte.¹¹ Ein Landesparteitag wählte *Böhr* im November 2004 mit 79,2 Prozent schließlich erneut zum *Beck*-Herausforderer. Auch diese Auseinandersetzung sorgte offenbar dafür, dass die CDU weiterhin als Partei galt, die 15 Jahre nach dem Verlust der Regierungsmehrheit ihre innerparteilichen Probleme noch immer nicht gelöst hat.

Da die CDU den populären Ministerpräsidenten nicht frontal angreifen wollte, versuchte sie, neben der Familien- und Bildungspolitik mit Kritik an der arbeits- und wirtschaftspolitischen Bilanz der Landesregierung zu punkten. Auch die Finanzpolitik stand im Fokus der Kritik: „Besinnungslos‘ werde ein Schuldenberg aufgehäuft (...).“¹² Über die Abschaffung von Kindergartengebühren hinaus versprach die CDU die Neueinstellung von 900 Lehrern und 800 Polizisten. Dies brachte ihr von *Beck* allerdings den Vor-

8 Nach dem überraschenden Rückzug *Franz Münteferings* Ende Oktober 2005 überließ *Beck* dem brandenburgischen Ministerpräsidenten *Matthias Platzeck* die Kandidatur für dessen Nachfolge. In der Sympathiebewertung des SWR-PoliTrend verbesserte sich *Beck* nach dieser Entscheidung deutlich: Auf einer Skala von -5 bis +5 gewann er von September bis Dezember 0,5 Punkte hinzu und erzielte mit 2,8 die zweitbeste Bewertung in der gesamten Legislaturperiode. Vgl. SWR-PoliTrend vom 15. Dezember 2005, <http://www.swr.de/laendersache-rp/politrend/2005/12/15/index.html>.

9 Vgl. *Bernd Heptner*, Schwindendes Selbstvertrauen, in: FAZ vom 30. Januar 2006, S. 2.

10 Vgl. *Cornelia Weins*, Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 25. März 2001: Klarer Sieg für *Kurt Beck* und die SPD, in: ZParl, 33. Jg. (2002), H. 1, S. 26 ff.

11 55 Prozent der rund 56.000 Mitglieder beteiligten sich an der Mitgliederbefragung.

12 *Bernd Heptner*, Wir machen's einfach besser, in: FAZ vom 23. Januar 2006, S. 4.

wurf der finanzpolitischen Scharlatanerie ein, weil diese Projekte in der Summe 800 Millionen Euro kosten würden.¹³

Die Christdemokraten setzten diesmal auf eine streng durchorganisierte Wahlkampfstrategie. So verkündete der Kampagnenmanager *Peter Radunski* zu Beginn des Wahlkampfes: „*Beck* ist nicht unschlagbar. [...] 40 Prozent plus ‚Merkelbonus‘ seien drin.“¹⁴ Von dem hohen Ansehen der Bundeskanzlerin¹⁵ versprach sich die Landes-CDU Rückenwind. Zu ihrer Strategie gehörte ein Kompetenzteam, bei dem es *Böhr* besser als fünf Jahre zuvor verstand, die regionalen Gliederungen der CDU einzubinden. Er peilte den ersten Platz für seine Partei an – ein Ergebnis, von dem die CDU glaubte, dass es die Liberalen zum Überdenken ihrer Koalitionsplanungen bewegen könnte.

In den letzten Tagen vor dem Urnengang wurde auch das Thema Integration von Ausländern Gegenstand des Wahlkampfes. Während *Böhr* das so genannte hessische Modell vorzog, das neben Sprachkenntnissen einen Einbürgerungskurs, einen Test und die Ableistung eines Eides verlangte, sprach sich *Beck* zwar ebenfalls für einen Pflichtkurs, aber gegen einen Test aus.

Hans-Artur Bauckhage trat zum zweiten Mal als FDP-Spitzenkandidat an. Die FDP hatte sich im Vorfeld der Wahl überraschend deutlich auf eine Fortsetzung der Koalition mit der SPD festgelegt, falls das Ergebnis dies erneut hergeben sollte. Der Landesvorsitzende *Rainer Brüderle* machte deutlich, dass dies auch gelte, wenn die CDU stärkste Partei werden sollte. Kern der FDP-Kampagne bildete der Verweis auf Erfolge unter ihrer Regierungsbeteiligung; sie führte die vergleichsweise gute wirtschaftliche Position des Bundeslandes als ihr Verdienst an. Mit näher rückendem Termin trug ihr Wahlkampf immer mehr bundespolitische Züge: Auch in Rheinland-Pfalz wurde die Landtagswahl zu einer Volksabstimmung gegen die geplante Mehrwertsteuererhöhung deklariert, mit der die FDP versuchte, von der Union enttäuschte Wähler anzusprechen. In die gleiche Richtung ging ihre Kritik am bisherigen Reformtempo der Großen Koalition. Angesichts des Erstarkens der SPD in den letzten Umfragen vor der Wahl suchten die Liberalen mögliche Befürchtungen gegenüber einer sozialdemokratischen Alleinregierung für sich zu nutzen und startete eine Postkarten- („Damit Rheinland-Pfalz kein rotes Wunder erlebt“) und Anzeigenkampagne („Land und *Beck* vor den Roten schützen. Keine bürgerliche Stimme verschenken“).¹⁶ Die FDP nahm sich einen Ausbau des Stimmenanteils von 2001 zum Ziel.

Die rheinland-pfälzischen Grünen standen wie 2001 ohne potenziellen Bündnispartner da. Sie zogen zum zweiten Mal mit ihrer Fraktionsvorsitzenden *Ise Thomas* in den Wahlkampf. Inhaltlicher Ausgangspunkt war der Vorwurf an die rot-gelbe Koalition, nach fünfzehn Regierungsjahren verbraucht zu sein. Neben den Themen Umwelt und

13 Vgl. *Bernd Heptner*, *Schwindendes Selbstvertrauen*, a.a.O.

14 Zitiert nach *Jutta Witte*, *Die sozial-liberale Koalition in Mainz hat derzeit wenig zu befürchten*, in: *Das Parlament*, Nr. 8/9 vom 20./27. Februar 2006, S. 9 (Hervorhebung nicht im Original).

15 *Angela Merkel* erreichte Anfang Februar im ARD-DeutschlandTREND eine Zufriedenheitsrate von 80 Prozent und war damit zu diesem Zeitpunkt die mit Abstand beliebteste Parteipolitikerin Deutschlands, was ihr auf Seite eins der BILD-Zeitung den Titel „Super-Angie“ einbrachte (BILD vom 3. Februar 2006, S. 1).

16 Die Postkarten wurden laut FDP am Freitag und Samstag vor der Wahl an rund 150.000 Haushalte verteilt. Quelle: <http://www.die-gelbe-kraft.de/control.php?&topgroupname=&groupname=&subgroupname=&contentname=schluss>, Download am 24. Juli 2006.

Verbraucherschutz machten sich die Grünen vor allem für Schule, Bildung und Familienförderung stark. Hauptstoßrichtung aber war die FDP, deren Bildungsvorstellungen als elitär und sozial ungerecht bewertet wurden. Zudem unterstellten die Grünen der FDP, dass es ihr lediglich um die Sicherung politischer Ämter gehe. Als Schlusspunkt präsentierten sie rund zehn Tage vor dem Wahlsonntag ein Plakat mit dem Slogan „Filz, Durchmogeln, Postenschachern“, bei dem sie sich der Plakat-Optik der FDP bedienten. Im fortgeschrittenen Wahlkampf gewann auch für die Grünen die Bundespolitik an Bedeutung: die neu entfachten Diskussionen um den Atomausstieg und um gentechnisch veränderte Lebensmittel. Schließlich sprachen sich die Landes-Grünen ebenfalls gegen die Mehrwertsteuererhöhung aus. Die Öko-Partei hatte sich für die Landtagswahl sieben Prozent plus X vorgenommen.

Die neu gegründete und erstmals zur Landtagswahl kandidierende Partei „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) trat mit einer offenen Liste an, auf der auch Linkspartei.PDS-Mitglieder, Parteilose sowie Mitglieder außerparlamentarischer Bewegungen vertreten waren. Die WASG bewarb sich als neue Kraft im linken Parteienspektrum, die einen grundlegenden Politikwechsel anstrebt. Ihre Hauptkritik an den aktuellen politischen Verhältnissen zielte auf die Reformpolitik der rot-grünen beziehungsweise schwarz-gelben Regierungskoalition und damit auf die Bundespolitik. Sie betrieb aber auch direkte Attacken auf die Landes-SPD und den Ministerpräsidenten. Spitzenkandidat war *Norbert Kepp*, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Kaiserslautern und bis 2004 32 Jahre lang Mitglied der SPD. Unterstützung erhielt die WASG von *Oskar Lafontaine*, der über hundert Auftritte vorrangig in nahe am Saarland liegenden Gebieten absolvierte. Angesichts des guten Abschneidens der Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 rechnete sich die WASG Chancen auf einen Einzug in den Landtag aus.

Das rechtsextreme Parteienspektrum ging getrennt an den Start – sowohl Republikaner als auch NPD hofften auf einen Überraschungserfolg. Der Landesverband Freier Wählergruppen (FWG) kandidierte zum zweiten Mal (2001: 2,5 Prozent).

3. Das Wahlergebnis¹⁷

Die Landtagswahl am 26. März war ein Wahltag der Rekorde. Aus der Abstimmung ging die SPD als strahlende Siegerin hervor. Mit *Kurt Beck* an der Spitze erzielte die SPD mit 45,6 Prozent der Zweitstimmen ihr bestes Ergebnis in der Wahlgeschichte des Landes (vgl. Tabelle 1). Im Vergleich zur Landtagswahl 2001 verzeichnete sie ein leichtes Plus von 0,8 Prozentpunkten. Sie steigerte ihre Mandatszahl auf 53 von insgesamt 101 Sitzen und errang zum ersten Mal die absolute Mehrheit der Mandate. Nach 59 Jahren ist somit keine bürgerliche Partei mehr an der Landesregierung beteiligt. Während die Sozialdemokraten jubeln konnten, musste die CDU ihr schlechtestes Wahlergebnis seit Gründung des Landes hinnehmen. Die Christdemokraten erreichten nur 32,8 Prozent der

¹⁷ Mit der Erststimme („Wahlkreisstimme“) wird der Wahlkreiskandidat in 51 Wahlkreisen gewählt, mit der Zweitstimme („Landesstimme“) eine Landes- oder Bezirksliste einer Partei. Außer der FDP traten 2006 alle Parteien mit Landeslisten an. An der Sitzverteilung nehmen nur die Parteien teil, die landesweit mindestens fünf Prozent der gültigen Zweitstimmen erhalten haben.

Zweitstimmen, ein Minus von 2,5 Punkten. Dennoch stellen sie erneut 38 Abgeordnete im Mainzer Deutschhaus.

Die FDP konnte ihren Zweitstimmenanteil zwar um 0,2 Punkte auf 8,0 Prozent steigern, wird jedoch nicht mehr für die Regierungsbildung gebraucht, auch wenn Beck die FDP gern weiterhin in die Kabinettsarbeit integriert hätte. Die Liberalen gewannen zwei Sitze auf zehn Mandate hinzu und sind mit diesem Ergebnis weiterhin ungefährdet drittstärkste Kraft. Die Grünen kamen aufgrund eines Verlustes von 0,6 Punkten nur noch auf 4,6 Prozent und sind erstmals seit knapp 20 Jahren nicht mehr im Landtag vertreten.

Der Stimmenanteil der sonstigen Parteien markiert den zweithöchsten Wert der Wahlgeschichte des Landes (9,0 Prozent). Die WASG war darunter mit einem Wähleranteil von 2,6 Prozent am stärksten. Die Freien Wählergruppen (FGW) mussten Verluste hinnehmen und vereinten nur noch 1,6 Prozent (-1,0) auf sich. Die beiden rechtsradikalen Parteien Republikaner (1,7 Prozent) und NPD (1,2 Prozent) erzielten zusammen genommen 2,9 Prozent, wobei die Verluste der Republikaner durch Zugewinne der NPD ausgeglichen wurden.

Tabelle 1: Ergebnis der rheinland-pfälzischen Landtagswahl vom 26. März 2006

	absolut			Prozent		
	2006	2001	2006-01	2006	2001	2006-01
Wahlberechtigte	3.075.577	3.025.090	+50.487			
Wähler	1.791.072	1.879.960	-88.888	58,2	62,1	-3,9
Zweitstimme						
ungültige Stimmen	37.962	46.114	-8.152	2,1	2,5	-0,3
gültige Stimmen	1.753.110	1.833.846	-80.736	97,9	97,5	+0,3
SPD	799.377	820.610	-21.233	45,6	44,7	+0,8
CDU	574.329	647.238	-72.909	32,8	35,3	-2,5
FDP	140.865	143.427	-2.562	8,0	7,8	+0,2
GRÜNE	81.411	95.567	-14.156	4,6	5,2	-0,6
FWG Rheinland-Pfalz	27.652	46.549	-18.897	1,6	2,5	-1,0
REP	29.919	44.586	-14.667	1,7	2,4	-0,7
Die Tierschutzpartei	12.827	15.922	-3.095	0,7	0,9	-0,1
NPD	21.056	9.110	+11.946	1,2	0,5	+0,7
ÖDP	3.844	5.458	-1.614	0,2	0,3	-0,1
PBC	4.942	5.379	-437	0,3	0,3	-0,0
AGFG	1.833		+1.833	0,1		+0,1
WASG	44.826		+44.826	2,6		+2,6
AUFBRUCH	1.155		+1.155	0,1		+0,1
DSP	3.347		+3.347	0,2		+0,2
GRAUE	5.727		+5.727	0,3		+0,3

Die Prozentpunktdifferenzen wurden mit ungerundeten Stimmenanteilen berechnet und können daher von den Veröffentlichungen des Landeswahlleiters abweichen.

Quelle: Statistisches Landesamt.

Der Ausgang der Wahl wurde von einem Rekordtief in der Beteiligung überschattet, denn nur 58,2 Prozent der Wahlberechtigten (-3,9 Punkte) gaben ihre Stimme ab. Im Vergleich der alten Bundesländer war die Wahlbeteiligung nur bei vier anderen Landtagswahlen niedriger.¹⁸ Mit Ausnahme der rechtsradikalen NPD hatte dies für alle Parteien, die bereits 2001 angetreten waren, absolute Stimmenverluste zur Folge.

¹⁸ Die niedrigste Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in den alten Bundesländern seit 1946 mar-

3.1. Wahlbeteiligung

41,8 Prozent der Stimmberechtigten beteiligten sich nicht an der Wahl – nie war die Wahlmüdigkeit der Rheinland-Pfälzer größer. In den letzten 30 Jahren ist die Partizipationsbereitschaft der Bürger um mehr als 23 Punkte zurückgegangen. Zwar lässt das aktuelle Niveau selbst noch keinen eindeutigen Rückschluss auf die Bewertung des demokratischen Prozesses durch die Bürger zu, *Kees Aarts* und *Bernhard Wefßels* resümieren jedoch, dass „eine negative Entwicklung der Wahlbeteiligung über längere Zeit (...) ein Problem für die Demokratien dar(stellt)“¹⁹. Dabei gilt: Je jünger die Stimmberechtigten sind, desto weniger machen sie von der Stimmabgabe Gebrauch.²⁰ Während sich bei den 18- bis 24-Jährigen lediglich 40,5 Prozent beteiligten, waren es bei den über 60-Jährigen 69,5 Prozent.²¹

Berechnet man die Parteistimmen nicht auf Basis der gültigen Stimmen, sondern auf Basis aller Wahlberechtigten, zeigt sich, dass die Gruppe der Nichtwähler zum dritten Mal in Folge größer ist als der Anteil der stärksten Partei. Dies bedeutet, dass die absolute Mehrheit der SPD auf der Unterstützung von lediglich einem Viertel (26,0 Prozent) der rheinland-pfälzischen Wahlberechtigten beruht. Lediglich ein knappes Fünftel (18,7 Prozent) der Wahlbevölkerung gab den Christdemokraten seine Stimme. Für die beiden Volksparteien ist diese Bilanz alarmierend, denn nie zuvor überzeugten Union und SPD in Rheinland-Pfalz zusammen so wenige Wahlberechtigte.

Die Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung sind zum einen in einem wenig anregenden Wahlkampf zu suchen, bedingt durch die fehlende Konfrontation zwischen den beiden an der Bundesregierung beteiligten Volksparteien. Zum anderen galt der Sieg der *Beck*-SPD als relativ sicher, allerdings wurde keine absolute Mehrheit, sondern eine Fortsetzung der amtierenden Regierungskoalition erwartet. Infolgedessen war das Interesse an der Wahl mit 61 Prozent nur durchschnittlich. Hinzu kam ein subjektiv wahrgenommener geringer politischer Einfluss und Enttäuschung über die Politik im Allgemeinen, was sich in einem Vertrauensdefizit gegenüber den politischen Parteien insgesamt manifestierte: Ein Viertel der Bürger in Rheinland-Pfalz traute keiner der Parteien zu, für mehr Beschäftigung zu sorgen beziehungsweise die Zukunftsprobleme des Landes wirksam anzupacken (vgl. Tabelle 4).

kiert die Quote bei der parallel durchgeführten Wahl in Baden-Württemberg (53,4 Prozent). Vgl. dazu den Beitrag von *Oscar W. Gabriel* und *Kerstin Völkl* in diesem Heft der ZParl.

19 *Kees Aarts* / *Bernhard Wefßels*, Wahlbeteiligung in Deutschland und bei europäischen Nachbarn, in: *Jürgen W. Falter* / *Oscar W. Gabriel* / *Bernhard Wefßels* (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002*, Wiesbaden 2005, S. 596.

20 Vgl. *Hans Rattinger* / *Jürgen Krämer*, Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse, in: *PVS*, 36. Jg. (1995), S. 268.

21 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, *Statistische Analysen, Teil 2: Repräsentative Wahlstatistik*, Bad Ems 2006, S. 22.

3.2. Wählerwanderung²²

Die Wählerwanderungsbilanz bietet die Möglichkeit, über die Veränderungen auf der Aggregatebene hinaus Wählerströme auf individueller Ebene nachzuzeichnen.²³ Das erneute Absinken der Wahlbeteiligung trifft die CDU deutlich stärker als die SPD. Per Saldo blieben rund 29.000 Wähler, die ihre Stimme fünf Jahre zuvor noch den Christdemokraten gegeben hatten, diesmal den Urnen fern. Die SPD verlor lediglich 12.000 Stimmen durch zu Hause gebliebene Wähler. Dies konnten die Sozialdemokraten allerdings durch Zuströme von fast allen anderen Parteien ausgleichen, vor allem von den Grünen (+9.000). Allerdings verloren sie auch per Saldo 9.000 Wähler an die WASG. Die SPD konnte in der Summe weniger Stimmen auf sich vereinen als 2001, weil es ihr nicht annähernd gelang, die Verluste aufgrund verstorbener Wähler durch die erfolgreiche Ansprache von Erstwählern wettzumachen (-29.000). Die Überalterung ihrer Wählerschaft wirkte sich für die CDU noch deutlich negativer aus (-46.000). Den Verlusten an das Nichtwählerlager und durch Generationswechsel hatte die CDU keine Wechselwählergewinne entgegenzusetzen.

Auch die FDP verlor per Saldo durch verstorbene Wähler (-6.000) und musste zudem geringe Abströme zu den politischen Wettbewerbern verkraften. Durch die Mobilisierung von 5.000 früheren Nichtwählern konnten die Verluste nicht ausgeglichen werden, so dass auch für die FDP ein negativer Gesamtsaldo verblieb. Gleiches gilt für die Grünen, die an fast alle anderen Parteien insgesamt 17.000 Wähler verloren und dies durch ein kleines Plus bei den Erstwählern (als einzige Partei neben der WASG) nicht wettmachen konnten. Die WASG profitierte von Zuströmen aus allen Richtungen, am stärksten aber durch den Wechsel ehemaliger SPD- und Grünen-Wähler (+4.000). Hinzu kam die erfolgreiche Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler (+11.000).²⁴

3.3. Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

Die Analyse des Wahlverhaltens in den verschiedenen Altersgruppen zeigt, dass die SPD wie bereits vor fünf Jahren in allen Kohorten stärkste Kraft ist (vgl. Tabelle 2). Bei den über 60-Jährigen liegt die Partei von *Kurt Beck* weiterhin wenige Punkte, in den anderen Altersjahrgängen mittlerweile zweistellig vor der Union. Dass sie in der mittleren Altersgruppe gegen den Trend verliert, kann sie leicht verschmerzen, denn bei den 18- bis 24-

22 Die Analysen zur Wählerwanderung, zu Wahlverhalten und -motiven stützen sich auf eine Wählerbefragung in 151 repräsentativ ausgewählten Stimmbezirken. Dabei wurden das Stimmverhalten, das Alter und das Geschlecht von insgesamt 17.432 Wählern erhoben. 2.801 Wähler wurden ferner zu den Themen und Motiven ihrer Wahlentscheidung sowie zu weitergehenden sozialstrukturellen Merkmalen befragt. Da in der Wahltagsbefragung Briefwähler nicht berücksichtigt sind, wurden die Ergebnisse nach dem Endergebnis gewichtet, so dass Aussagen über die Gesamtheit der Wähler getroffen werden können.

23 Zu einer ausführlichen Darstellung der Wählerwanderungsmethode von Infratest dimap siehe *Richard Hilmer / Michael Kunert*, Wählerwanderung: das Modell von Infratest dimap, in: *Jürgen W. Falter / Oscar W. Gabriel / Bernhard Weßels*, a.a.O., S. 134 – 156.

24 Für eine detaillierte Darstellung der Wanderungsbewegungen siehe Infratest dimap, Wahlreport 2006, a.a.O., S. 35 – 40.

Tabelle 2: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht bei der rheinland-pfälzischen Landtagswahl vom 26. März 2006 und Veränderung gegenüber 2001

	SPD		CDU		FDP		GRÜNE		Sonstige	
	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff
18–24 Jahre	48	+10	24	-7	9	-1	7	-2	12	-1
25–34	44	+1	28	-1	11	+3	7	-3	10	±0
35–44	45	-2	27	-1	9	+2	8	-2	11	+3
45–59	48	±0	28	-4	8	±0	5	±0	11	+4
60 und älter	45	+1	40	-3	7	±0	2	±0	7	+2
Frauen	47	+2	34	-3	7	±0	5	-1	7	+1
18–24 Jahre	49	+10	25	-7	8	-1	9	-1	10	-1
25–34	46	+2	29	+1	9	+2	7	-4	9	-1
35–44	47	-1	27	±0	8	+2	9	-3	10	+2
45–59	50	+2	29	-4	7	±0	6	±0	9	+3
60 und älter	46	+2	42	-3	6	±0	1	±0	5	+2
Männer	44	±0	31	-3	9	+1	4	-1	12	+3
18–24 Jahre	46	+10	24	-6	11	-1	6	-3	14	-1
25–34	41	±0	27	-3	13	+4	6	-2	12	+1
35–44	44	-3	26	-1	10	+2	7	-2	13	+4
45–59	46	-1	28	-5	9	±0	5	±0	13	+5
60 und älter	43	+1	39	-4	8	±0	2	±0	9	+3

Quelle: Repräsentative Wahlstatistik des Statistischen Landesamtes.

und den 45- bis 59-Jährigen konnten die Sozialdemokraten fast die Hälfte aller Stimmen für sich verbuchen.

Die Wählerschaft der Christdemokraten weist ein dramatisches Altersgefälle auf, das nur bei den Grünen – allerdings mit umgekehrten Vorzeichen – noch deutlicher ausfällt. Nur den über 60-Jährigen verdankte die CDU, dass ihr Gesamtergebnis nicht unter die 30-Prozent-Marke rutschte. Für beide großen Parteien gilt, dass ihr Rückhalt bei den Frauen etwas besser war als bei den Männern.

Die Wählerschaft der Liberalen weist eine relativ ausgeglichene Altersstruktur aus. Durch Zugewinne bei den 25- bis 44-Jährigen schnitten sie dort am besten ab und konnten somit die leichten Verluste bei den jüngeren Wählern ausgleichen. Die FDP war die einzige der etablierten Parteien, die stärker von Männern als von Frauen gewählt wurde.

Die Grünen haben wie 2001 allein bei den Wählern unter 45 Jahren deutlich mehr als fünf Prozent erreicht. Gerade dort aber büßten sie bei dieser Wahl auch an Rückhalt ein. Dass das Wahlergebnis der Öko-Partei nicht noch schlechter ausfiel, hat sie vor allem den Frauen zu verdanken, bei denen sie in den Altersgruppen bis 44 Jahren deutlich besser abschnitt als bei den Männern.

Auffällig ist die große Stimmenzahl, die Jungwähler an Kleinst- und Splitterparteien vergaben, darunter knapp fünf Prozent für die NPD und drei Prozent für die Republikaner. Beunruhigend ist, dass 18- bis 24-jährige Männer sogar zu rund elf Prozent für Rechtsradikale votierten. Bei den Männern insgesamt sind Republikaner und NPD zusammen genommen so stark wie die Grünen.²⁵

²⁵ Da die Repräsentative Wahlstatistik Republikaner und NPD nicht ausweist, werden hier die Ergebnisse der ARD/Infratest dimap-Wahltagsbefragung verwendet.

3.4. Wahlverhalten nach Bildung und Beruf

Die SPD ist in Rheinland-Pfalz nach wie vor die Partei der einfachen Leute. Bei Wählern mit niedriger formaler Bildung konnte sie wie fünf Jahre zuvor jede zweite Stimme für sich verbuchen (vgl. Tabelle 3). Gleiches gilt für die Arbeiterschaft als sozialdemokratische Kernklientel; bei gewerkschaftlich gebundenen Wählern kam sie sogar auf einen Stimmenanteil von 62 Prozent. Allerdings musste die SPD sowohl bei Arbeitern als auch bei Arbeitslosen deutliche Verluste (vorwiegend an die WASG) verkraften, ohne jedoch ihre Vormachtstellung zu verlieren. Mit Ausnahme der Rentner sind die Sozialdemokraten in allen Berufs- und Tätigkeitsgruppen stärkste Partei und platzieren sich teilweise sogar zweistellig vor der CDU.

Die Christdemokraten können lediglich bei den Rentnern und Beamten mehr als jeden Dritten von ihrem Politik- und Personalangebot überzeugen. Bei den Selbstständigen, zu denen die in Rheinland-Pfalz traditionell starken Landwirte und Winzer gehören, haben die Christdemokraten ihre größten Verluste einstecken müssen.

Die vom Landwirtschafts- und Weinbauminister *Hans-Artur Bauckhage* in den Wahlkampf geführte FDP konnte in dieser Gruppe acht Punkte zulegen und überzeugt hier mittlerweile jeden Vierten. Im Vergleich zur SPD weisen Liberale und Grüne ein umgekehrtes Bildungsgefälle auf: Sie haben ihre Schwerpunkte bei Wählern mit hohen Schulabschlüssen.

Die Protestparteien am linken und rechten Rand waren besonders bei Arbeitslosen und Arbeitern erfolgreich (tabellarisch nicht ausgewiesen). Die WASG erreichte bei den

Tabelle 3: Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen bei der rheinland-pfälzischen Landtagswahl vom 26. März 2006 und Veränderung gegenüber 2001

	SPD		CDU		FDP		GRÜNE		Sonstige	
	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff	%	Diff
Bildung*										
hoch	42	+4	30	±0	11	-1	9	-3	8	±0
mittel	44	±0	34	-3	8	+1	3	-1	10	+3
niedrig	50	±0	34	-3	6	±0	2	±0	9	+3
Tätigkeit										
Arbeiter	50	-5	26	-3	6	±0	3	±0	16	+7
Angestellte	47	-1	28	±0	9	+1	7	-1	9	+1
Beamte	43	+3	39	+3	8	±0	7	-3	4	-4
Selbstständige	32	+8	29	-13	24	+8	7	-1	7	-2
Rentner	43	-2	43	+1	6	-2	2	+1	6	+2
in Ausbildung	53	+16	21	-12	9	-2	10	-3	8	+1
Arbeitslose	44	-7	26	-5	6	+1	2	-3	22	+13
Gewerkschaft										
Mitglieder	62	+3	18	-4	5	+1	4	-1	10	+2
Nichtmitglieder	42	+1	36	-2	9	±0	5	-1	9	+2
Konfession										
evangelisch	56	+3	23	-3	8	-1	5	±0	9	+2
katholisch	38	+1	44	-1	7	±0	3	-1	7	+1
keine/andere	43	-9	17	-3	12	+5	10	-2	18	+9
* hoch = Abitur/Hochschule/Uni; mittel = Mittel-/Realschule; niedrig = kein Abschluss/Volks-/Hauptschule.										
Quelle: Wahltagsbefragungen 2001 und 2006 von ARD/Infratest dimap.										

Arbeitslosen aus dem Stand einen Stimmenanteil von zehn Prozent und ist damit in dieser Wählergruppe stärker als FDP und Grüne zusammen. Bei den Arbeitern votierte fast jeder Zehnte für Republikaner und NPD.

3.5. Wahlverhalten nach Konfessionszugehörigkeit

Aufgrund der ländlichen Struktur und vor allem der konfessionellen Prägung durch den hohen Katholikenanteil galt Rheinland-Pfalz bis zum spektakulären Regierungswechsel 1991 als Stammland der CDU. Diese Grundannahme gilt angesichts des dritthöchsten Katholikenanteils (46,5 Prozent) in der Bundesrepublik zwar immer noch²⁶, doch „die milieubildende Kraft der katholischen Konfession und damit ihr Einfluss auf das Wahlverhalten geht immer stärker zurück“²⁷.

Sowohl auf der Aggregat- als auch der Individualebene finden sich dafür gute Belege. Die Aggregation von Wahlkreisen nach dominanter Konfessionsstruktur zeigt, dass bei der aktuellen Wahl die SPD in katholisch geprägten Stimmgebieten zulegen konnte, die CDU hingegen verlor und dort mittlerweile rund sechs Punkte hinter der SPD zurück liegt.²⁸ Auch die Analyse des individuellen Wahlverhaltens auf Basis von Wahltagsbefragungen zeigt, dass die bloße Konfessionszugehörigkeit zwar weiterhin Bedeutung für das Wahlverhalten hat, aber nicht mehr so bestimmend ist wie noch vor zehn Jahren. Während 1996 noch 50 Prozent der katholischen Wähler ihr Kreuz bei der CDU machten, waren es zehn Jahre später nur noch 44 Prozent (vgl. Tabelle 3). Bei Katholiken, die ihren Glauben durch den wöchentlichen Kirchgang praktizieren, besitzt die Konfessionszugehörigkeit allerdings nach wie vor große Prägekraft für das Wahlverhalten: Von ihnen entschieden sich 67 Prozent für die CDU.²⁹

3.6. Wahlverhalten nach Regionen

Die regionalen Stärken und Schwächen von SPD und CDU bilden recht eindeutig die konfessionelle Struktur des Landes ab. Die Sozialdemokraten haben ihre Hochburgen in einem „Band“ von Wahlkreisen, das sich von der saarländischen Grenze bis nach Rheinhessen zieht. Hinzu kommen Wahlkreise im Nordosten des Landes. Ihre stärksten Zuwächse erzielten die Sozialdemokraten allerdings überwiegend in Wahlkreisen, die bisher nicht zu ihren Hochburgen zählten (Eifel, entlang der Mosel, Mainz, Ingelheim sowie zwei rheinpfälzische Wahlkreise). Jetzt liegen sie auch in der Eifel über 40 Prozent. In 47 der 51 Wahlkreise sind die Sozialdemokraten stärkste Partei.

²⁶ Im Saarland (65,1 Prozent) und in Bayern (58,1 Prozent) ist der Katholikenanteil noch höher. Quelle: Deutsche Bischofskonferenz, Referat Statistik, Bevölkerung und Katholiken nach Bundesländern 2005, http://www.dbk.de/imperia/md/content/kirchlichestatistik/2005___bev_kath_laender.pdf, Download am 12. November 2006.

²⁷ Kai Arzheimer / Cornelia Weins, Zerfallen die sozialstrukturellen Bindungen an die Union – zum Beispiel in Rheinland-Pfalz?, in: ZParl, 27. Jg. (1996), H. 4, S. 214.

²⁸ Siehe Infratest dimap, Wahlreport 2006, a.a.O., S. 98 ff.

²⁹ Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Rheinland-Pfalz. Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. März 2006, Mannheim 2006, S. 46.

Die Wahlkreisergebnisse der Union spiegeln die Ergebnisse der SPD, denn die Resultate der Christdemokraten liegen im Norden und Nordwesten über dem Landesschnitt. Allerdings kommen sie nur noch in der Eifel über die 40-Prozent-Marke. Nur in zwei Wahlkreisen konnte die CDU zulegen, in den 49 anderen betrug die Verluste bis zu sieben Punkte. In der Region Rheinhessen fiel sie sogar unter 30 Prozent. Die Folge ist ein Abschmelzen der christdemokratischen Hochburgen: Die Differenz zwischen dem besten (Wahl-)Kreisergebnis der CDU nach 1971 (1975 im Landkreis Daun: 76,4 Prozent) und dem besten bei der Wahl 2006 (Bad Neuenahr-Ahrweiler: 46,0 Prozent) beträgt denkwürdige 30,4 Punkte.³⁰

Das Ergebnis der FDP weist wenig regionale oder strukturelle Differenzierung auf. Sie schloss nur noch in drei Wahlkreisen mit einem zweistelligen Ergebnis ab; 2001 gelang das noch in sieben Wahlkreisen. Die regionalen Schwerpunkte der Grünen sind eindeutig verteilt. Sie punkteten in Gebieten mit hoher Einwohnerdichte, die von Universitäten und Dienstleistung geprägt sind sowie eine hohe Kaufkraft aufweisen. Da es von diesen Gebieten nur wenige in Rheinland-Pfalz gibt, haben es die Grünen traditionell schwer, landesweit zu reüssieren. Die stärksten Wahlkreise der Öko-Partei liegen deshalb in Hochschulstädten (Mainz, Trier, Speyer).

Die Parteien am linken und rechten Rand des Parteienspektrums blieben zwar weit entfernt von der Fünf-Prozent-Hürde, gleichwohl zeigen sie einige beachtenswerte – zum Teil deckungsgleiche – regionale Schwerpunkte. Die WASG hatte ihre Hochburgen in den an das Saarland angrenzenden Wahlkreisen der Westpfalz. Hier erzielte auch schon die Linkspartei bei der Bundestagswahl 2005 ihre besten Ergebnisse in einem westdeutschen Flächenland. Bei der Landtagswahl gelang ihr nur im Wahlkreis Kusel ein deutlicher Sprung über die Fünf-Prozent-Marke (6,9 Prozent). Dort waren auch Republikaner und NPD recht erfolgreich (4,8 Prozent). Parallelen gibt es auch in Pirmasens, das mit einer Rekordarbeitslosenquote von 15,4 Prozent³¹ zu kämpfen hat (REP plus NPD 7,2 Prozent, WASG 4,7 Prozent), und in Ludwigshafen (REP plus NPD 6,7 Prozent, WASG 3,3 Prozent).

3.7. Bewertung der Parteien

Die relativ positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes³² und die im Vergleich zu anderen Bundesländern niedrige Arbeitslosenquote führten zu einer hohen Zufriedenheit der Bürger (60 Prozent) mit den Leistungen der Landesregierung, die auch von einem Drittel der CDU-Anhänger (33 Prozent) geteilt wurde. Die SPD galt für rund 62 Prozent als die Partei, die das Land moderner und leistungsfähiger gemacht und gleichzeitig am stärksten den sozialen Ausgleich im Blick hat (60 Prozent). Eine Wechselstimmung zeichnete sich demzufolge nicht ab, auch weil eine Mehrheit (53 Prozent) nicht der Mei-

30 Die Vergleichsergebnisse vor 1991 beziehen sich auf Kreisfreie Städte und Landkreise.

31 Stand Januar 2006. Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

32 Das preisbereinigte Wachstum des Bruttoinlandsproduktes lag in Rheinland-Pfalz von 2002 bis 2004 über dem bundesdeutschen Schnitt, 2005 etwas darunter. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tab02.asp, Download am 19. November 2006.

nung war, dass eine CDU-geführte Regierung die Probleme im Land besser lösen konnte. Zudem verband sich mit den Christdemokraten die Erwartung an eine sozial unausgewogene Politik. Mit der Arbeit der Union waren denn auch nur 40 Prozent zufrieden. Sogar die viel kleinere FDP wurde besser bewertet (42 Prozent).

Die Kompetenzzuschreibungen an die einzelnen Parteien verdeutlichen dieses Stimmungsbild (vgl. Tabelle 4).³³ Weder in der Arbeitsmarkt- noch in der Wirtschaftspolitik – traditionellerweise gelten hier die Christdemokraten als stärker – wurde der CDU mehr zugetraut als der SPD. In der Bildungspolitik konnte sich die SPD etwas besser profilieren als die CDU, in der Familien- und Kinderpolitik gelang ihr das sehr viel deutlicher. Hinzu kam die eindeutige Kompetenzführerschaft bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit – eine sozialdemokratische Domäne, welche die rheinland-pfälzische SPD nach Meinung der Hälfte der Bevölkerung (48 Prozent) gut auszufüllen wusste. Der WASG gelang es nicht, in diesem Feld den Sozialdemokraten Punkte abzunehmen und sich selbst als Sachwalterin des sozialen Ausgleichs zu positionieren. Die CDU konnte sich nur bei der Inneren Sicherheit mit überzeugendem Abstand von ihren Wettbewerbern absetzen – Kriminalität gehörte jedoch nicht zu den wichtigen Themen auf der Problematik der Bürger. Die FDP konnte im Vorfeld mit guten Kompetenzwerten bei der Steuer-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik punkten. Demgegenüber gelang den Grünen neben der Umweltpolitik lediglich in der Ausländerpolitik eine überdurchschnittliche Bewertung – beides Felder mit nachrangiger Bedeutung.

Tabelle 4: Parteikompetenzen vor der rheinland-pfälzischen Landtagswahl vom 26. März 2006 (in Prozent)						
	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	WASG	keine Partei / weiß nicht
Wirtschaftsstandort sichern	35	35	12	–	1	16
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	33	31	7	1	1	26
gute Familienpolitik und Kinderbetreuung	45	32	4	6	1	11
Gute Schul- und Bildungspolitik	40	37	5	3	1	13
Zukunftsprobleme lösen	37	31	4	2	–	25

Kompetenteste Partei ist unterstrichen.
Quelle: Vorwählerhebung von ARD/Infratest dimap.

3.8. Wählermotive

Die Wahltagsbefragung zeigt die gegensätzlichen Motivlagen bei Wählern des rechten und des linken Parteienlagers auf (vgl. Tabelle 5). Wer für CDU oder FDP seine Stimme abgab, tat dies vorrangig wegen ökonomischer Themen, wer für Grüne oder WASG votierte, war – neben der Umweltpolitik bei den Grünen – vom Gedanken des sozialen Ausgleichs inspiriert.

Bei SPD-Wählern waren sowohl Gerechtigkeitsüberlegungen als auch die Wirtschaftspolitik in ähnlichem Ausmaß treibende Kraft zur Stimmabgabe. Während bei Landtagswahlen in anderen Bundesländern der soziale Ausgleich die Wahlentscheidung

³³ Für einen Vergleich mit den Kompetenzzuschreibungen vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vgl. den Beitrag von *Everhard Holtmann* in diesem Heft der ZParl.

der SPD-Wähler dominierte, gelang es den rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten also offenbar aus der programmatischen Mitte heraus, beide Motivlager zusammenzuführen und sich so als Partei der Mitte zu positionieren.

Tabelle 5: Wahlmotive bei der rheinland-pfälzischen Landtagswahl vom 26. März 2006

	Alle	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	WASG
Wirtschaftspolitik	<u>34</u>	31	39	<u>54</u>	13	31
Arbeitsmarktpolitik	25	<u>24</u>	<u>27</u>	<u>26</u>	13	<u>28</u>
Soziale Gerechtigkeit	25	32	15	11	<u>34</u>	<u>74</u>
Schul-, Bildungspolitik	20	21	20	20	<u>25</u>	10
Familienpolitik	19	20	<u>21</u>	14	17	13
Innere Sicherheit, Kriminalität	12	10	18	9	4	5
Rentenpolitik	11	13	10	8	3	19
Ausländerpolitik	10	7	11	9	9	11
Umweltpolitik	9	8	4	6	<u>62</u>	6
Steuerpolitik	9	6	10	<u>24</u>	5	15

Spaltenprozente; Mehrfachnennungen. Die drei wichtigsten Motive sind unterstrichen.
Quelle: Wahltagsbefragung von ARD/Infratest dimap.

3.9. Bedeutung der Spitzenkandidaten

Kurt Beck ist mit einer Amtszeit von zwölf Jahren bereits genauso lange im Amt wie sein Vor-Vorgänger *Bernhard Vogel*. In dieser Zeit konnte sich der Katholik und gelernte Elektromechaniker *Beck* ein Image des bodenständigen und volksnahen Landesvaters aufbauen und CDU-Herausforderern damit eine Profilierung schwer machen. Der Vergleich zwischen *Beck* und *Böhr* zeigt, dass der CDU-Politiker sowohl inhaltlich als auch persönlich gegenüber dem SPD-Mann in keinem Bereich als ebenbürtig wahrgenommen wurde. *Böhr* konnte sein Image als abgehobener, trockener Intellektueller, der mit einfachen Leuten nicht umzugehen weiß, auch bei seinem zweiten Anlauf zur Eroberung der Mainzer Staatskanzlei nicht abstreifen.³⁴ Rund sechs von zehn Bürgern (57 Prozent) waren der Auffassung, dass die Partei mit *Christoph Böhr* den falschen Spitzenkandidaten aufgestellt hatte. Auch in den eigenen Reihen folgten 46 Prozent dieser Einschätzung. Daher fokussierte sich die Kandidatenalternative auf die Frage: „Kopfmensch oder Bauchmensch“³⁵? Dies führte zu einer eindeutigen Präferenz der Bürger zu Gunsten von *Beck* – mit der Folge, dass fast die Hälfte der SPD-Wähler (46 Prozent) am Wahltag angab, ihr Kreuz vorrangig wegen *Beck* bei der SPD gemacht zu haben. Eine Schattenseite der personellen Stärke zeigt die Vorwahlumfrage jedoch auch: Drei Viertel der Bürger (75 Prozent) waren überzeugt, dass die SPD ohne „König Kurt“ keine Chance hätte. Während der CDU eine Reaktivierung alter sozialstruktureller Bindungen bisher nicht gelingt, hat es die SPD in beeindruckender Weise geschafft, mit einem zugkräftigen Kandidaten ihr Potenzial zu maximieren.³⁶

34 Der frühere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz *Helmut Kohl* soll dies im pfälzischen Dialekt auf den Punkt gebracht haben: „Der kann net mit de Leut.“ Quelle: *Bernd Heptner*, Ein Philosoph als Politiker, in: FAZ vom 22. März 2006, S. 4.

35 *Stephan Haselberger*, Bauch oder Kopf, in: Der Tagesspiegel vom 16. März 2006, S. 3.

36 Vgl. *Kai Arzheimer* / *Cornelia Weins*, a.a.O., S. 215.

Die FDP behauptete ihre Position als dritte Kraft im Land auch durch ein attraktives Personalangebot. Sowohl der Landesvorsitzende als auch der Wirtschaftsminister verfügten über eine sehr große Bekanntheit, zudem fand ihre Arbeit positive Resonanz: Mit der Leistung *Brüderles* waren 52 Prozent der Bürger einverstanden, mit der *Bauckhages* 42 Prozent – für Politiker einer kleinen Partei sehr gute Popularitätswerte. Der Grünen *Ise Thomas* gaben lediglich 19 Prozent gute Noten, wobei mehr als die Hälfte der Rheinland-Pfälzer (54 Prozent) mit ihrem Namen gar nichts anfangen konnte.

4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Am Wahlabend vermittelte der SPD-Ministerpräsident *Kurt Beck* den Eindruck, dass er sich mit dem Gedanken einer Alleinregierung seiner Partei noch nicht so recht anfreunden konnte. Er betonte die gute Zusammenarbeit mit der FDP und bot ihr an, auf jeden Fall Gespräche zu führen. Seine Offerte an einen FDP-Staatssekretär, auf seinem Posten zu verbleiben, wurde von der Partei jedoch abgelehnt.³⁷

Ministerpräsident	<i>Kurt Beck</i> (SPD)
Minister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur und stellvertretender Ministerpräsident	Prof. Dr. <i>Jürgen Zöllner</i> (SPD)
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	<i>Hendrik Hering</i> (SPD)*
Minister des Innern und für Sport	<i>Karl Peter Bruch</i> (SPD)
Minister der Finanzen	Prof. Dr. <i>Ingolf Deubel</i> (SPD)*
Minister der Justiz	Dr. <i>Heinz Georg Bamberger</i> (SPD)*
Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit	<i>Malu Dreyer</i> (SPD)
Ministerin für Bildung, Frauen und Jugend	<i>Doris Ahnen</i> (SPD)
Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz	<i>Margit Conrad</i> (SPD)
* Neu im Kabinett.	

Fünf Tage nach der Wahl präsentierte *Beck* sein neues Kabinett (vgl. Tabelle 6). Über die Nachfolge der beiden scheidenden FDP-Minister hinaus gab es nur in einem Ressort einen Wechsel. *Ingolf Deubel*, langjähriger Staatssekretär im Finanzressort, rückte an die Spitze des Ministeriums auf. Der vormalige Innen-Staatssekretär *Hendrik Hering* wurde Minister für Wirtschaft und Weinbau. *Heinz Georg Bamberger*, zuvor Präsident des Oberlandesgerichts Koblenz, ist neuer Justizminister. Die Funktion des stellvertretenden Ministerpräsidenten übernahm Wissenschaftsminister *Jürgen Zöllner*.³⁸

³⁷ Es handelte sich dabei nach Rheinpfalz-Angaben um den Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, *Walter Strutz*, der als einziger der bisherigen FDP-Regierungsmitglieder kein Landtagsmandat innehat. Vgl. *Winfried Folz*, Beck und Brüderle besiegeln Ende der sozialliberalen Koalition, in: Die Rheinpfalz vom 29. März 2006, S. 1.

³⁸ Bereits im November 2006 nahm Ministerpräsident *Beck* eine erste Kabinettsumbildung vor, nachdem der Wechsel *Jürgen Zöllners* in das Amt des Berliner Bildungs- und Wissenschaftsensors bekannt gegeben wurde (vgl. zur Berliner Abgeordnetenhauswahl auch den Beitrag von *Oskar Niedermayer* und *Richard Stöss* in diesem Heft der ZParl). Bildungsministerin *Ahnen*

In seiner Regierungserklärung am 30. Mai überraschte der Ministerpräsident mit der Ankündigung, eine Milliarde Euro in die Infrastruktur und in die Förderung des Mittelstands sowie in Technologie und Hochschulen zu investieren. Er betonte dabei die Bedeutung von Bildung und Chancengleichheit und lehnte Studiengebühren ein weiteres Mal ab. Neben gebührenfreien Kindergärten bis 2010 versprach *Beck* weitere 200 Ganztagschulen und 460 neue Lehrstellen bis 2008. Kritiker mutmaßten, dass wegen dieses umfangreichen Programms die Beschränkung der Ausgaben zur eigentlichen Herausforderung der neuen Landesregierung werden könnte.³⁹

Der Wahlausgang hat das Personaltableau des Wahlverlierers CDU gründlich durcheinander gewirbelt. *Christoph Böhr* stellte bereits eine halbe Stunde nach Schließung der Wahllokale seine Ämter als Landes- und Fraktionsvorsitzender zur Verfügung. Noch am Wahlabend wurde über den Frankenthaler Abgeordneten *Christian Baldauf* als Nachfolger spekuliert. Der 38-jährige Rechtspolitiker war erst 2001 Abgeordneter geworden. Zwischenzeitlich kündigte der Trierer Bezirkschef *Michael Billen* seine Kandidatur für den Fraktionsvorsitz an – eine Kampfkandidatur zwischen dem als Hoffnungsträger geltenden⁴⁰ *Baldauf* und dem Landwirt *Billen* konnte erst am Tag der fraktionsinternen Abstimmung abgewendet werden. Am 5. April wählte die CDU-Landtagsfraktion *Baldauf* zu ihrem neuen Chef. In den folgenden Wochen mehrten sich die Stimmen, die Fraktions- und Parteivorsitz in einer Hand sehen wollten. So wurde *Christian Baldauf* auf dem CDU-Parteitag am 8. Juli 2006 mit 93 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Landeschef gewählt.⁴¹

Auch bei SPD und FDP gab es wichtige Personalwechsel. Die SPD-Fraktion bestimmte den bisherigen Parlamentarischen Geschäftsführer *Jochen Hartloff* zu ihrem neuen Vorsitzenden. Die FDP wählte den bisherigen Justizminister *Herbert Mertin* zum Fraktionschef im Mainzer Landtag.

Die bisherige Fraktionsvorsitzende der Grünen, *Ise Thomas*, ließ zunächst offen, ob sie für den Vorsitz ihrer Partei kandidieren würde, bewarb sich aber letztlich nicht für das Amt der Landesvorstandssprecherin. Den neuen Landesvorstand bilden seit dem Landesparteitag am 26. November 2006 *Eveline Lemke-Ziebel*, *Nils Wiechmann* und *Britta Steck*.

5. Zusammenfassung

- (1) Der 26. März 2006 war für Rheinland-Pfalz ein Wahltag mit historischer Dimension in mehrfacher Hinsicht: Die SPD erzielte mit einem Rekordergebnis von 45,6 Pro-

übernahm daraufhin zusätzlich die Bereiche Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur und gab die Zuständigkeit für das Frauenressort an Sozialministerin *Dreyer* ab. Innenminister *Bruch* war als neuer stellvertretender Ministerpräsident vorgesehen.

³⁹ Vgl. Staatszeitung, Regierungserklärung von Ministerpräsident *Kurt Beck* am 30. Mai 2006, II/2006 und *Gisela Kirschstein*, Beck will eine Milliarde Euro investieren, in: Die Welt vom 31. Mai 2006.

⁴⁰ *Gisela Kirschstein*, Einer der noch gewinnen kann, in: Die Welt vom 6. April 2006.

⁴¹ Für den Rechtsanwalt aus Frankenthal stimmten 387 von 422 Delegierten, 29 votierten gegen ihn. Quelle: Ohne Autor, Christian Baldauf neuer Parteichef der CDU Rheinland-Pfalz, in: Die Welt vom 10. Juli 2006.

zent erstmals in der Wahlgeschichte die absolute Mehrheit der Mandate im Mainzer Landtag. Die CDU musste mit nur 32,8 Prozent ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1947 verkraften – trotz für sie günstiger struktureller Rahmenbedingungen. Für die FDP ging trotz eines respektablen Abschneidens (8,0 Prozent) ihre knapp 20 Jahre währende Regierungsbeteiligung zu Ende. Die Grünen sind mit 4,6 Prozent erstmals seit 1987 nicht mehr im Parlament vertreten. Die Wahlbeteiligung ist mit 58,2 Prozent auf einen Tiefstand gefallen. Die absolute Mehrheit der SPD beruht deshalb auf der Unterstützung von nur 26,0 Prozent der Wahlbevölkerung.

- (2) Durch die fehlende Konfrontation der beiden an der Bundesregierung beteiligten Parteien fehlten dem Wahlkampf die großen emotionalisierenden Themen, so dass landespolitische Aspekte in den Vordergrund rückten. Dabei galten ein sozialdemokratischer Wahlerfolg und die Fortsetzung der amtierenden Regierungskoalition als sicher. Dies hatte ein nur durchschnittliches Interesse der Bürger an der Wahl zur Folge.
- (3) Die Zufriedenheit mit der Landesregierung und den daran beteiligten Parteien war groß. Die SPD galt zudem als die Partei, die Rheinland-Pfalz moderner und leistungsfähiger gemacht und gleichzeitig den sozialen Ausgleich am stärksten im Blick hat. Die FDP, ausgestattet mit einem recht klaren inhaltlichen Profil in der Steuer-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, wurde ebenfalls relativ gut bewertet. Eine Wechselstimmung zeichnete sich demzufolge nicht ab, auch deshalb, weil die Mehrheit der Wahlbevölkerung nicht von einer größeren Problemlösungskompetenz der CDU überzeugt war.
- (4) SPD-Ministerpräsident *Kurt Beck* vermochte sich in zwölfjähriger Amtszeit ein Image des bodenständigen und volksnahen Landesvaters aufzubauen, das seinem CDU-Herausforderer eine Profilierung schwer machte. *Beck* war *Christoph Böhr* in allen inhaltlichen und persönlichen Eigenschaften nach Ansicht der Bürger deutlich überlegen und besaß Strahlkraft über die eigene Anhängerschaft hinaus. Fast die Hälfte der SPD-Wähler gab an, ihr Kreuz vorrangig wegen „König Kurt“ bei den Sozialdemokraten gemacht zu haben.
- (5) Bei SPD-Wählern waren sowohl Gerechtigkeitsüberlegungen als auch die Wirtschaftspolitik ausschlaggebende Motive für die Stimmabgabe. Im Unterschied zu anderen Landtagswahlen war die rheinland-pfälzische SPD auf der programmatisch-inhaltlichen Ebene breit aufgestellt und vermochte aus der Mitte heraus, beide Motivlager zusammenzuführen.
- (6) Weder auf der Personen- noch auf der Parteebene konnte die CDU sich entscheidend profilieren und somit der Dominanz *Becks* etwas entgegensetzen. Rund sechs von zehn Bürgern waren der Meinung, dass die Partei mit *Böhr* den falschen Spitzenkandidaten aufgestellt hatte. Zudem verband sich mit der CDU die Erwartung an eine sozial unausgewogene Politik. Darüber hinaus konnte sie in keinem wichtigen Politikbereich einen Kompetenzvorsprung für sich verbuchen. Ob die CDU mit *Christian Baldauf* an der Spitze ihre innerparteilichen Konflikte beilegen, sich inhaltlich profilieren und so zu alter Stärke zurückfinden kann, bleibt abzuwarten.

- (7) Zum ersten Mal seit der Gründung des Landes ist keine bürgerliche Partei an der Regierung beteiligt. Für die SPD könnte sich dies für die Zukunft als strategische Bürde erweisen, „bewies“ doch das Bündnis mit der FDP die Unbedenklichkeit und Wählbarkeit der Sozialdemokraten auch in bürgerlichen Wählergruppen.
- (8) Der Wahlerfolg qualifizierte *Kurt Beck* für höhere Aufgaben in der SPD: Am 14. Mai 2006 wählte ihn ein Parteitag zum neuen Bundesvorsitzenden.⁴² Die Bedeutung *Becks* für das Abschneiden seiner Partei zeigt: Sollte er Kanzlerkandidat bei der Bundestagswahl 2009 werden und nach Berlin wechseln, dürfte es der rheinland-pfälzischen SPD schwerfallen, an ihren Wahlerfolg anzuknüpfen.

⁴² *Beck* wurde mit 95,1 Prozent zum Nachfolger des aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen *Matthias Platzeck* gewählt.

Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006: Magdeburg übernimmt das Berliner Format des „halben Machtwechsels“

Everhard Holtmann

1. Die Ausgangslage: eine veränderte bundespolitische „Schlachtordnung“ und der absehbare Verlust der schwarz-gelben Regierungsmehrheit

Mit der Bildung der Großen Koalition in Berlin am 11. November 2005 war eine neue bundespolitische Konstellation eingetreten, welche die Rahmenbedingungen für nachfolgende Landtagswahlen veränderte. Der „halbe Machtwechsel“ im Bund eröffnete den wahlkämpfenden Parteien in allen drei Ländern, in denen am 26. März 2006 der Landtag neu zu wählen war, die Chance, sich aus der seit Jahren anhaltenden babylonischen Gefangenschaft der Bundespolitik zu lösen. Für die Anhänger weder der CDU noch der SPD konnte es hinfort darum gehen, den regionalen Urnengang dafür zu nutzen, einen „Denkzettel“ in Richtung Berlin zu verteilen.¹ Anders stellte sich die argumentative Ausgangslage allenfalls für die Wahlkämpfer und Wähler der Linke.PDS dar.

Tatsächlich äußerte eine Mehrheit der Wähler (51 Prozent) vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, für sie sei diesmal die Landes- und nicht die Bundespolitik (36 Prozent) entscheidend.² Bei der vorangegangenen Landtagswahl, die durch eine ausgeprägte Wechselstimmung gekennzeichnet gewesen war, hatte die Landespolitik, nimmt man diese Daten als Vergleichswert, allerdings eine noch weitaus größere Rolle gespielt: Im April 2002 gaben 61 Prozent der Befragten an, für sie seien landespolitische Erwägungen lei-

¹ So auch Forschungsgruppe Wahlen, Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, 26.3.2006 (www.forschungsgruppe.de).

² Infratest dimap, Wahlreport: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 26. März 2006, S. 80.